

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. Preis pro Stück 10 Pf.

Verlagsanstalt: Die Auer-Verlagsanstalt, Leipzig, Postfach 1000.

Telegramme: Auerblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Adresse: Postfach 1000.

Nr. 266

Freitag, den 14. November 1924

19. Jahrgang

Deutschlands Sitz im Völkerbundsrat sicher. Der Aufnahmeantrag wird erwartet.

Genf, 12. November. Auf Deutschlands Rundfrage, ob ihm ein ständiger Sitz im Völkerbundsrat zugewilligt wird, sind von den im Völkerbundsrat vertretenen Staaten England, Frankreich, Italien, Norwegen und Belgien bereits die Antworten eingetroffen, die sämtlich im Grundjah zustimmend lauten. Ebenso wird die Antwort der Tschechoslowakei zum Ausdruck kommen, die im Laufe dieser Woche abgehen wird. Für die nächste Sitzung des Völkerbundsrats in Rom erwartet man, daß schon der formelle Aufnahmeantrag des Deutschen Reiches vorliegen wird.

Zusammenkunft Baldwins mit Herriot.

London, 12. November. Zwischen den Regierungen von England und Frankreich ist aus Anlaß des Regierungsverwechslung in England ein sehr herzlich gehaltenes Glückwunschgespräch vorgenommen worden.

Die Gaultier-Rede Baldwins findet heute in der gesamten Presse eine außerordentlich günstige Aufnahme. Während alle Blätter den außenpolitischen Teil nicht kritisch behandeln, sondern nur den Inhalt kurz zusammenfassen, wird übereinstimmend betont, daß die Bedeutung der Rede darin zu suchen sei, daß die neue Regierung den Wunsch habe, für das englische Weltreich als eine diplomatische Einheit zu sprechen, die sich mit internen Beratungen vorher über eine einmütige Politik verständigt habe, da England wünsche, mit den Vereinigten Staaten zusammenzuarbeiten, was vor allem auch für die Interventionen in China große Bedeutung habe.

Herriot dankt an Baldwin.

Paris, 12. November. Herriot hat dem französischen Botschafter in London telegraphiert: „Ich bitte Sie, Herrn Baldwin mitzuteilen, wie sehr ich den freundschaftlichen Ton zu schätzen weiß, mit dem er von meiner Haltung bei den Londoner Verhandlungen gesprochen hat. Ich danke dem Herrn Premierminister für die wertvolle Unterstützung, die er für die praktische Durchführung dieser Politik in Aussicht stellt. Sagen Sie Herrn Baldwin, daß er auf meine Mitwirkung für jede gemeinsame politische Aktion rechnen darf, die auf der Wahrung der Interessen und Abmachungen beruht und den Wohlstand unserer beiden Völker im Frieden sichern wird.“

Der neue Kurs in England.

Die deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen. London, 12. November. Der „Daily Telegraph“ meldet, daß bei den neuerdings in Berlin wieder aufgenommenen deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen die englischen Unterhändler seit dem Amtsantritt der Konservativen ein viel größeres Entgegenkommen auf deutscher Seite feststellen konnten, da man sich offenbar in Berlin dessen bewußt sei, daß die neue englische Regierung entschlossen sei, Repressalien anzuwenden, wenn es nicht möglich sei, befriedigende Zugeständnisse von Deutschland zu erhalten. Als solche seien die Beibehaltung der 25prozentigen Reparationsabgabe, die Einstellung der Kreditverweigerung und die Ausdehnung der Maßnahmen für den Schutz der englischen Industrie anzusehen.

London, 12. November. In Downingstreet wurde heute die erste Sitzung des Kabinetts Baldwin abgehalten. Sie dauerte 1 1/2 Stunden. Wittermedien zufolge wurde in dieser Sitzung eine Vorbesprechung über die Politik die dem Parlament in der Thronrede unterbreitet werden soll, vorgenommen.

Hymans über das Londoner Abkommen.

Brüssel, 12. November. In der heutigen Nachmittagsitzung der Kammer hielt Minister des Innern Hymans eine längere Rede über das Londoner Abkommen. Er sagte u. a., das Londoner Abkommen regelt die Reparationsfrage. Es sei die natürliche und logische Folge und die praktische Anwendung des Systems, das die Sachverständigen der Reparationskommission unterbreitet hätten. Wenn der Sachverständigenplan, der von allen mit Erleichterung begrüßt worden sei, als die einzige praktische Lösung, die man hätte finden können, nicht ausgeführt worden wäre, so wäre die Entente zusammengebrochen. Frankreich und Belgien hätten sich isoliert von der ganzen Welt, Deutschland allein gegenüberbefunden. Und was wäre aus den Wiederverträgen geworden? Wie hätte man sie verlängern können? Man hätte zur Gewalt greifen müssen, was zu ersten Bewandlungen geführt hätte. Zweifellos sei der Reparationsvertrag, den die Alliierten erhalten sollen, geringer als die Illusionen, die man der öffentlichen Meinung nach dem Waffenstillstand vorgespiegelt habe, und die durch gewisse berühmte Erklärungen noch übertrieben worden seien. Über das neue System bereite der Unsicherheit ein Ende und schaffe ein politisches Regime mit harten politischen und finanziellen Garantien.

General Verraux über Deutschlands Friedensliebe.

Paris, 12. November. General Verraux, der mit General v. Schönau zusammen eine Vortragsreise durch Deutschland gemacht hat, erklärt in einem Artikel der Zeitung „Oeuvre“, daß er den Frieden jetzt nicht mehr für eine Utopie halte. Er sei überzeugt davon, daß die Deute in Deutschland, die den Frieden wollen, den deutschen Kriegsheern an Zahl hundertfach überlegen seien, genau im gleichen Verhältnis wie in Frankreich.

Das deutsche Eigentum in Kamerun unter dem Hammer.

London, 12. November. Der Kolonialsekretär hat hinsichtlich der bevorstehenden Versteigerung des früheren deutschen Eigentums in Kamerun entschieden: Da das zu versteigernde Eigentum ausdrücklich für den Verkauf an ehemalige feindliche Staatsangehörige freigegeben worden sei und die Versteigerung bereits am 14. und 15. November vor sich gehen sollte, so sei es unumgänglich, im letzten Augenblick die nach sorgfältigen Erwägungen von dem früheren Kolonialsekretär ausgegebenen Einschränkungen wieder einzuführen. Der Ertrag aus dem Verkauf soll den Gesamtertrag erhöhen, der an die britischen Gläubiger, die gegen Deutschland Forderungen haben, abgeführt werde. Der Kolonialsekretär spricht in seiner Erklärung die Hoffnung aus, daß die englischen Firmen und Privatpersonen die Gelegenheit wahrnehmen und sich den größten Teil, wenn nicht den gesamten Umfang dieser wertvollen Besitztümer sichern.

Die Moskauer Handelsvertragsverhandlungen.

Berlin, 12. November. Die deutsch-russischen Verhandlungen über einen Handelsvertrag werden nunmehr, nachdem die deutsche Vorordnung nach Moskau abgereicht ist, in den nächsten Tagen dort beginnen. Es handelt sich dabei aber nicht um eine Erweiterung oder Revision des Rapallo-Vertrages, sondern einfach nur um eine Ausfüllung dieses von vornherein nur als Rahmenvertrag konstruierten Abkommens. Der Abschluß eines deutsch-russischen Handelsvertrages war bereits von Rathenau beabsichtigt und hat sich nur bisher infolge der unaufhörlichen Erschütterungen der innerdeutschen Lage immer wieder verzögert. Die Themen der Moskauer Verhandlungen werden die üblichen sein und sich auch auf die Frage der Niederlassung und der Konsularvertretung erstrecken. Ueber das voraussichtliche Ergebnis der Verhandlungen enthält man sich an hiesigen unterrichteten Stellen aller Vorsicht. Man weiß aber darauf hin, daß es voraussichtlich sehr schwer sein wird, die grundsätzlichen Wirtschaftssysteme Deutschlands und Rußlands, zwei System, die sich eigentlich gegenseitig ausschließen, auf irgendeine gemeinsame Grundlage zu bringen. Jedemfalls seien die Verhandlungen von einer so absoluten Neuartigkeit, wie sie bisher in der Wirtschaftsgeschichte der Welt noch nicht vorgekommen seien.

Der Kontinentalblock wird vorbereitet.

Berlin, 12. November. In den allernächsten Tagen ist, wie man aus zuverlässiger Quelle erfährt, die offizielle Anerkennung Rußlands durch Japan zu erwarten. Der Text der japanischen Veröffentlichung wird mit derjenigen Frankreichs identisch sein — wie überhaupt die ganze japanische Aktion in engem Einverständnis mit Frankreich unternommen wird, dem absichtlich der Vortritt eingeräumt worden ist. Man kann hierin auf neue gut die Linien der neuen russischen Politik erkennen, die auf die Formierung eines europäisch-asiatischen Kontinentalblocks von Paris bis Tokio unter Ausschaltung der anti-sozialistischen angloamerikanischen Großmächte hinabzielt.

Mussolinis äußerstes Mittel: die Diktatur.

Paris, 12. November. Mussolini hat gegenüber dem römischen Berichterstatter der „Chicago Tribune“ den Wunsch geäußert, wenn nichts anderes übrig bleibe, zum äußersten Mittel, also zur Aufhebung des Parlamentes und zur Verkündung der Diktatur zu greifen. Obwohl nach der Auffassung der öffentlichen Meinung in Italien die Ereignisse vom 4. November der faschistischen Regierung seit der Ermordung Matteottis den schwersten Schlag versetzten, zeigte Mussolini eine unerklärliche Beharrlichkeit. Er hat keine Rücksicht auf die öffentliche Meinung genommen.

ten, erklärte er, im Notfall. Wenn ich ihnen die Hände schließen lassen würde, würde es mit der Opposition sein. Die Vertreter der Opposition werden sich um die Lösung zu bemühen.

Lohnbewegung der Industriearbeiter.

Berlin, 12. November. Aus den mittel- und westdeutschen Industriegebieten liegen heute Meldungen vor vom Eintritt der Gewerkschaften in eine allgemeine Lohnbewegung, um die Löhne bis spätestens den 20. November der Teuerung anzupassen. In Berlin haben gestern die Betriebsräte die Forderung nach Wiedereinführung der gleitenden Lohnskala einstimmig angenommen.

Die Forderungen der Berliner Werkstättenarbeiter.

Berlin, 12. November. Die Berliner Werkstättenarbeiter haben für Mittwochabend fünf Protestversammlungen gegen die Vertagung ihrer Lohnforderungen einberufen. Die Arbeiter der Post- und Telegraphenverwaltung haben gestern abend in vier Versammlungen ihre neuen Lohnforderungen auf mindestens 25 Prozent Zuschlag festgesetzt. Die hiesigen Arbeiter überreichten gestern dem Magistrat die Forderungen nach 30 Prozent Lohnsteigerung und Wiedereinführung des Achtstundentages. Auch in der Berliner Industrie zeigt sich starke Erregung. Die Metallarbeiterbetriebsräte agitierten für die Verweigerung jeder acht Stunden übersteigenden Mehrarbeit ab 20. November.

Berlin, 12. November. Die Lage im Streit der Berliner Hochbahngesellschaft hat sich im Laufe des gestrigen Tages nicht geändert. Die Direktion hält weiter auf dem Standpunkt, Verhandlungen mit den Streikenden nicht führen zu können, da ein verbindlicher Schiedsspruch ergangen sei. Das technische Personal der Hochbahn hat beschlossen, Streikarbeit nicht zu leisten.

Der Eisenbahnerstreik in Oesterreich beendet.

Wien, 12. November. Der Eisenbahnerstreik ist beendet. Der Jugoverkehr wird am Mittwoch wieder aufgenommen. Wien, 12. November. Die Verhandlungen, die zwischen der Organisation der Eisenbahner und dem Geschäftsinhaber Dr. Günther gestern vormittag geführt worden sind, wurden um 7 Uhr abends beendet. Die Vorschläge der Bundeskonferenz wurden von dem Vertreter der Organisation akzeptiert.

Die Industrie und die Preisentwertungaktion.

Berlin, 12. November. Von maßgebender industrieller Seite wird stark bezweifelt, daß die Steuerermäßigungen der Reichsregierung die erhoffte Wirkung einer Senkung der Preise haben sollen. Eine nachhaltige Senkung der Preise würde nach Ansicht der industriellen Kreise nur dann erfolgen können, wenn es gelingt, die Produktion zu steigern und den Achtstundentag zu befestigen. Ebenso würde eine allgemeine Erhöhung der Löhne, wie sie gegenwärtig von den Gewerkschaften angestrebt wird, zu einer Verteuerung der Preise führen. Die Unternehmerschaft beabsichtigt, sofort nach dem Wahlen einen neuen Schritt bei der Reichsregierung zu unternehmen, um die Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag zu verhindern, die von der Regierung Marx-Stresemann in Aussicht gestellt war.

Politische Rundschau.

15prozentige Steigerung der Reichseinnahmen. Berlin, 12. November. Wie verlautet, sind die Reichseinnahmen vom 1. bis 10. November wieder um fast 15 Prozent höher als im ersten Drittel des Monats.

Der Streit in der hiesigen Sozialdemokratie.

Der Landesvorstand der SPD. tagte am Dienstag in Dresden und beschloß Maßnahmen, die die Partei zu treffen gedenkt, um die Folgerungen aus der Landtagsabstimmung über die Auflösung des Landtages zu steuern. Es wird in einer offiziellen Erklärung ein vorläufiger Druck mit den 25 rechtsstehenden sozialdemokratischen Abgeordneten bekannt gegeben werden. Ferner erfahren wir, daß den Bezirksorganisationen überlassen wird, den Ausschluß der 23 Abgeordneten beim die Abberufung von ihren parlamentarischen Posten durchzuführen.

Wahlkampf am Freitag und Totenfeier.

Berlin, 12. November. Angesichts der bevorstehenden Wahlen hat der Präsident des deutsch-evangelischen Kirchenausschusses namens der im Evangelischen Bunde vereinigten deutschen evangelischen Kirchen an die Vorstehenden sämtlicher politischer Parteien ein Schreiben gerichtet, in dem die dringende Bitte ausgesprochen wird, daß der Ernst und die Stimmung des Ruh- und Bettags, sowie des Totensonntags nicht durch Wahlversammlungen gestört werde.